

ZENTRALRAT DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts

PRESSEERKLÄRUNG

Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, und dem Präsidenten des Zentralrates der Juden, Dr. Paul Spiegel

Am heutigen Vormittag sind der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, und der Präsident des Zentralrates der Juden, Dr. Paul Spiegel, zu einem zweistündigen vertrauensvollen Gespräch im Bischofshaus in Mainz zusammengekommen.

Beide brachten die Sorge über ein Widererstarken rechtsextremistischer und antisemitischer Tendenzen in der deutschen Gesellschaft und in anderen europäischen Ländern zum Ausdruck. Erleichtert äußerten sie sich darüber, dass rechtsextremistische Parteien bei den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag am vergangenen Sonntag weitgehend erfolglos geblieben sind. Mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung und die bevorstehenden Wahlen bleibe jedoch hohe Wachsamkeit geboten. In allen Schichten der Bevölkerung müsse für die Einsicht geworben werden, dass die Wahl rechtsextremer Kandidaten und Parteien kein legitimer Ausdruck des Protestes gegen tatsächliche oder vermeintliche politische Missstände sei.

Einigkeit bestand darüber, dass die Zusammenarbeit zwischen jüdischer Gemeinschaft und Katholischer Kirche in Deutschland ausgeweitet werden soll. Es soll eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel ins Leben gerufen werden, einen intensiven inhaltlichen Dialog zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralrat der Juden in Deutschland zu führen. Diese wird sich mit gesellschaftlichen und ethisch-religiösen Fragen befassen, die die Verantwortung beider Seiten berühren.

Auch wenn in dem Gespräch keine vollständige Übereinstimmung über die Interpretation bestimmter vom Zentralrat der Juden kritisierter Äußerungen katholischer Kirchenvertreter aus jüngster Zeit erzielt werden konnte, herrscht doch Einigkeit darüber,

- dass die Singularität der Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Terrorregime nicht relativiert werden darf;
- dass es abwegig wäre, die Kritik des Zentralrates als ursächlich für wachsenden Antisemitismus zu verstehen;
- dass es stets einer besonders sensiblen Sprache bedarf, wenn der Holocaust im politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Reden aufgegriffen oder berührt wird.

Der Präsident des Zentralrates äußert nachdrückliches Verständnis für die hohe Bedeutung, die die katholische Kirche dem Schutz des ungeborenen Lebens beimisst.

Diese Pressemitteilung wird zeitgleich von der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlicht.

Mainz, 25. Februar 2005/16. Adar I 5765

Postanschrift: Postfach 04 02 07 * 10061 Berlin

Leo-Baeck-Haus Tucholskystr. 9 10117 Berlin Telefon: 030/28 44 560 Telefax: 030/28 44 56 13
Internet: www.zentralratjuden.de * e-mail: info@zentralratjuden.de